

Gremium Stadtrat	Sitzung am 30.08.2012	Sitzung-Nr. 07
Sitzungsort Sitzungssaal Verwaltungsgebäude Brückes 1	Sitzungsdauer (von - bis) 17.30 bis 21.40 Uhr	

1.  öffentliche Sitzung von TOP 1 bis TOP 21  nichtöffentliche Sitzung von TOP22 bis 28
2. Sitzungsteilnehmer/-innen siehe beiliegendes Teilnehmer/-innenverzeichnis
3. Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder sowie die Vertreter der Presse im öffentlichen Teil.

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt sie die Beschlussfähigkeit fest.

Danach verweist die Vorsitzende auf die vor der Sitzung verteilten Unterlagen:

- Sitzungstermine September 2012
- Informationen vom Deutschen Städtetag 05/12
- Vorlage zu TOP 3 „Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes und dessen Stellvertreter für den Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach“ (Vorlage muss ausgetauscht werden)
- Schreiben des Rechtsamtes bez. Berücksichtigung der öffentlichen Einrichtung Schwimmbad Bosenheim im Grundstückskaufvertrag
- Einladung der Alpfa-Netzwerkkoordination zum diesjährigen Weltalphaltag

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Frau Oberbürgermeisterin die Tagesordnungspunkte 13, 14, 17 und 25 von der Tagesordnung abzusetzen.

Die CDU bittet den TOP 19 ebenfalls von der Tagesordnung abzusetzen.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer lässt über die Absetzung der Tagesordnungspunkte abstimmen: einstimmig

Die Vorsitzende lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen: einstimmig

4. Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieses Protokolls sind.

---

(Vorsitzende)  
Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer

---

(Schriftführer)  
Heidenreich

---

(CDU) Peter Anheuser

---

(SPD) Carsten Pörksen

---

(FDP) Dr. Hans-Helmut Wilhelm

---

(Bündnis 90/Die Grünen) Michael Henke

---

(Faire Liste) Peter Steinbrecher

---

(Kreuznacher Bürgerliste) Elred Sickel

---

(Die Linken) Wolfgang Kleudgen

### **TOP 1 – Einwohnerfragestunde**

Herr Brunn fragt nach dem Sachstand der Unterhaltungsarbeiten der Nahebrücke. Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht.

### **TOP 2 – Wahl von Ausschussmitgliedern**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldung.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Abt. 101

### **TOP 3 – Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes sowie dessen Stellvertreter für den Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
Es spricht Herr Anheuser.

Herr Anheuser stellt den Antrag über das Mitglied des Aufsichtsrates sowie über dessen Stellvertreter getrennt abzustimmen.

Hiergegen bestehen von Seiten des Stadtrates keine Bedenken.

Abstimmung Mitglied Herr Jens Hebllich: 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen  
Abstimmung Stellvertreter Herr Kreis: 29 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen

Ausfertigung: ,Abt. 101, Amt 20

### **TOP 4 – Abschluss einer Zweckvereinbarung für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Abt. 101

### **TOP 5 – Feststellung des Zwischenberichtes zum 30.06.2012 der Einrichtung Bauhof**

Herr Marx erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Keine Abstimmung

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 6 – Zwischenbericht für die Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Wirtschaftsjahr 2012 zum 30.06.2012**

Herr Marx erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen

Keine Abstimmung

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 7 – Feststellung des ersten Änderungswirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012 für Abwasserbeseitigungseinrichtung**

Herr Meurer erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 8 – Konzertfahrten nach Mainz; Erhöhung des Abopreises**

Frau Fessner erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 40

**TOP 9 – Ausgliederung Freibad Bosenheim**

Herr Kleudgen erläutert die Vorlage.  
Es sprechen die Herren Steinbrecher, Kleudgen, P. Anheuser, Nies, Dr. Hertel, Flühr, Meurer, Locher, Peters, Sichau, zum 2. Mal die Herren Anheuser und Steinbrecher.  
Herr Kleudgen stellt den Antrag, die Vorlage zurückzuziehen und eine Entscheidung erst nach den Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bad Münster am Stein - Ebernburg einzuholen.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmung über die Verwaltungsvorlage: 26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Ausfertigung: Amt 20, 23, 30, 40

**TOP 10 – öffentlich-rechtlicher Vertrag, Erstattung Jugendamt**

Frau Bgm. Hassel erläutert die Vorlage.

Keine Wortmeldungen.

Herr Nies wird von der Diskussion und Abstimmung nach § 22 GemO ausgeschlossen. Er verlässt den Abstimmungstisch.

Abstimmung: einstimmig, 1 Enthaltung

Ausfertigung: Amt 51

**TOP 11 – Vertragsverhältnis MTV**

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt fragt Frau Oberbürgermeisterin, ob die Herren Eider und Maurer von dem MTV als Sachverständige zugelassen sind. Der Stadtrat ist hiermit einverstanden.

Frau Bgm. Hassel erläutert die Vorlage.

Es sprechen die Herren Dr. Drumm, Henke, Kossmann, Sichau, Kleudgen, Meurer, Peters, Frau Schlarb, Herr Marx.

Herr Dr. Drumm stellte den Antrag den Neubau einer städtischen Kita durch den MTV in der nächsten Finanzausschusssitzung zu behandeln.

Frau Fessner meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet um Abschluss der Rednerliste.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmung: 23 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

Somit wird die Rednerliste geschlossen.

Auf der Rednerliste stehen noch folgende Personen: die Herren P. Anheuser, Grüßner, Steinbrecher, Wirz, Dr. Wilhelm sowie die Herren Dr. Drumm und Henke zum 2. Mal.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer unterbricht die Sitzung und bittet die Fraktionsvorsitzenden sowie deren Vertreter und die Herren des MTV in das kleine Sitzungszimmer.

Nachdem Frau Oberbürgermeisterin die Sitzung nach der Unterbrecher wieder eröffnet hat, wird folgender Beschluss gefasst:

Der Stadtrat beschließt, die beigefügten Vertragsentwürfe „Vereinbarung zum Bau einer Kita zwischen dem MTV und der Stadt Bad Kreuznach“ und den „Entwurf eines Mietvertrages“. Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich 2013 erfolgen. Der Beschluss erfolgt vorhebtlich der Behandlung im Finanzausschuss am 10.09.2012.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20, 51, MTV

## **TOP 12 – Nahebrücke und Mühlenteichbrücke (Brückenschlag)**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.

Frau Mannert ist nach § 22 GemO von der Diskussion und Beschlussfassung ausgeschlossen und verlässt den Abstimmungstisch.

Es sprechen die Herren Peters, Boos, Kleudgen, Henke, Frau Bauer, die Herren Delaveuax, Steinbrecher, Locher, Sichau, Dr. Wilhelm, Kossmann, Kleen, P. Anheuser, Pörksen, Bouffleur, Sichel sowie die Herren Peters und P. Anheuser zum 2. Mal.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer lässt über den Antrag von Herrn Peters wie folgt abstimmen:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Auftragserteilung für die Sanierung und Ertüchtigung der Nahebrücke sowie der Sanierung der Mühlenteichbrücke erforderliche Planung auf der Grundlage des vorliegenden Prüfungsergebnisses in vergaberechtlicher Hinsicht zu prüfen, wobei sich

- 1) die Sanierungskosten der Nahebrücke auf 1,4 Mio €,
- 2) die Sanierungskosten der Mühlenteichbrücke auf 1,5 Mio €,
- 3) die Sanierungskosten der Kurhausstraße auf 200.000 € nach der allgemeinen Kostenschätzung belaufen sollen.

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Somit ist der Antrag von Herrn Peters abgelehnt.

Abstimmung über die Verwaltungsvorlage: 34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Ausfertigung: Abt. 60, 61

## **TOP 13 – wurde von der Tagesordnung abgesetzt**

## **TOP 14 – wurde von der Tagesordnung abgesetzt**

## **TOP 15 – Bebauungsplan „zwischen Alzeyer Straße und Dürerstraße (ehem. Rose Barracks) Nr. 5/14;**

- a) **abwägung der Stellungnahmen aus der beschränkten Offenlage**
- b) **§§ 33 ff BauGB**

Frau Bgm. Hassel erläutert die Vorlage.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer sowie Herr Günter Meurer sind nach § 22 GemO von der Diskussion und Beschlussfassung wegen Befangenheit ausgeschlossen. Sie verlassen den Abstimmungstisch.

Es spricht Herr Peter Anheuser.

Abstimmung: 37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Ausfertigung: Abt. 60, 61

**TOP 16 – B-Plan „Pfalzprung, Richard-Wagner-Straße, Schubertstraße und Alzeyer Straße“ (Nr. 5/13, 2. Änderung);**

- a) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden (Offenlage)
- b) Beschluss zur erneuten beschränkten Offenlage

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
Es sprechen die Herren Henke und Dr. Drumm.

Abstimmung: 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Ausfertigung: Abt. 60, 61

**TOP 17 – wurde von der Tagesordnung abgesetzt**

**TOP 18 – Antrag der FDP-Fraktion vom 09.08.2012 bez. der Prüfung der Chancen zur Ausrichtung des Landesgartenschau 2018 in Bad Kreuznach**

Frau Oberbürgermeisterin bittet den Antrag in den nächsten Hauptausschuss zu verweisen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 10

**TOP 19 – wurde von der Tagesordnung abgesetzt**

**TOP 20 – Mitteilungen**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer teilt dem Rat mit, dass das Land Rheinland-Pfalz für den kommunalen Entschuldungsfond der Stadt Bad Kreuznach bereits mit 924.484 € überwiesen hat.

Frau Oberbürgermeisterin weist auf das am kommenden Wochenende stattfindende Stadtfest in Bad Münster am Stein - Ebernburg hin. Am 01.09. um 15.00 Uhr wird ein Entenbootrennen veranstaltet. Interessierte Stadtratsmitglieder können sich an diesem Tag dort melden.

**TOP 21 – Anfragen**

Herr Kleen fragt an, warum Herr Beig. Bausch in dieser Stadtratssitzung nicht anwesend ist. Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer teilte mit, dass Herr Bausch sich zurzeit in Urlaub befindet.

**nichtöffentliche Sitzung**

**TOP 22.b – Personalangelegenheiten**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldung.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Abt. 102

**TOP 22.a – Personalangelegenheiten**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
Es sprechen die Herren Peters, Pörksen, Kossmann, Henke, Meurer, Dr. Wilhelm und Steinbrecher.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen 20 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Somit ist der Verwaltungsantrag abgelehnt.

Ausfertigung: Abt. 102

**TOP 24.1 – Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig, 1 Nein-Stimme

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 24.2 – Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Es sprechen die Herren Marx und Kleen.  
Es wird beantragt, dass Herr Heinrich nur die Beschlussvorschläge verliest.  
Abstimmung: einstimmig

Abstimmung über die Verwaltungsvorlage: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20



**TOP 24.3 – Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 24.4 – Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 24.5 - Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**Top 24.6 - Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**Top 24.7 - Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**Top 24.8 - Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse**

Herr Beig. Heinrich erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Amt 20

**TOP 25 – wurde von der Tagesordnung abgesetzt.**

**TOP 26 – Umordnung der Einlaufgruppe Kläranlage Bad Kreuznach, Saniere der Rechenanlage, Ingenieurleistungen; Auftragsvergabe**

Herr Locher erläutert die Vorlage.  
Keine Wortmeldung.

Abstimmung: einstimmig

Ausfertigung: Abt. 60, ABW

**TOP 27 – Mitteilungen**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer teilt den Stadtratsmitgliedern die Situation des Stadels der Herren Braun und Röth auf der Pfingstwiese mit. Es sprechen die Herren Peters, Wirz, Henke und Steinbrecher.

**TOP 28 – Anfragen**

Es wurde keine Anfragen gestellt.

## **TOP 1 – Einwohnerfragestunde**

Herr Brunn fragt nach dem Sachstand der Unterhaltungsarbeiten der Nahebrücke. Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht.

öffentlich  nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Kämmereiamt – Beteiligungsmanagement	28.08.2012	12/292
Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Stadtrat	30.08.2012	

Betreff

**Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes für den Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach**

Beschlussvorschlag  
 Der Stadtrat schlägt für die Wahl der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach, Herrn Jens Heblich, Turmstraße 6 – 8, 55543 Bad Kreuznach zum Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach und Herrn Helmut Kreis, Rüdesheimer Straße 87 a, 55545 Bad Kreuznach, als dessen Vertreter vor.  
 Berichterstatte(r)in: Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium	Sitzung am	TOP
Stadtrat	30.08.2012	3

Beratung

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Vorlage.  
 Es spricht Herr Anheuser.  
 Herr Anheuser stellt den Antrag über das Mitglied des Aufsichtsrates sowie über dessen Stellvertreter getrennt abzustimmen.  
 Hiergegen bestehen von Seiten des Stadtrates keine Bedenken.

Abstimmung Mitglied Herr Jens Heblich: 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen  
 Abstimmung Stellvertreter Herr Kreis: 29 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen

Beratungsergebnis

<input type="checkbox"/>	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Be- schluss- vorschlag	Abweichen- der Beschluss (Rückseite)
<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussausfertigungen an:

Abt. 101, Amt 20

Problembeschreibung/Begründung

Herr Andreas Ludwig hat sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender und sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach mit Wirkung vom 23. Oktober 2012, 17.00 Uhr niedergelegt. Herr Ludwig war aufgrund des Vorschlages des Stadtrates zum Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH Bad Kreuznach von der Gesellschafterversammlung gewählt worden. Insoweit steht der Stadt ein Nachnominierungsrecht zu.

Als Nachfolger soll Herr Jens Heblich und Herr Helmut Kreis als dessen Vertreter der Gesellschafterversammlung vorgeschlagen werden.

Sichtvermerke der Dezernenten:	Sichtvermerk des Oberbürgermeisters:	Sichtvermerke: Rechtsamt:  Kämmereiamt:
--------------------------------	---	--

öffentlich  nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen 101-51-34	Datum 15.08.2012	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 12/265
Beratungsfolge Stadtrat		Sitzungstermin 30.08.2012

Betreff

**Abschluss einer Zweckvereinbarung für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadtverwaltung Bad Kreuznach die hoheitliche Aufgabe „Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters sowie den Betrieb des elektronischen Nachrichtenverkehrs“ ab 01.10.2012 auf den Zweckverband ZIDKOR überträgt.

Der Text der abzuschließenden Zweckvereinbarung ist anliegend beigelegt.

Berichterstatteerin: Oberbürgermeisterin Dr. Heike-Kaster-Meurer

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium Stadtrat	Sitzung am 30.08.2012	TOP 4
Beratung  Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer erläutert die Volage. Keine Wortmeldungen.		

Beratungsergebnis

<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	<input checked="" type="checkbox"/> Laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Abweichen der Beschluss (Rückseite)
Beschlussausfertigungen an:  Abt. 101						

**Gesetzliche Ausgangslage:**

Die Vorschriften für die Beurkundung des Personenstands in Deutschland sind durch das Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts (Personenstandsrechtsreformgesetz – PStRG) vom 19. Februar 2007 (BGBl. I, S. 122) neu gestaltet worden. Das neue Personenstandsgesetz (PStG) trat im Wesentlichen am 01. Januar 2009 in Kraft. Neben teilweise weitreichenden Entbürokratisierungsmaßnahmen (Abschaffung des Familienbuchs, Reduzierung der Arten von Personenstandsurkunden, Straffung der personenstandsrechtlichen Verfahren) wird als Kernelement der Reform vor allem die Beurkundung in elektronisch geführten Personenstandsregistern und ein weitgehend standardisierter elektronischer Mitteilungsverkehr der Standesämter untereinander und mit anderen Behörden eingeführt. **Die elektronische Registerführung wird – nach Ablauf einer Übergangszeit – zum 01. Januar 2014 für alle Standesämter in Deutschland verpflichtend.**

Am 22. November 2008 ist die Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (Personenstandsverordnung – PStV) verabschiedet worden. Der Verordnungsentwurf enthält die dem neuen Personenstandsrecht entsprechenden Regelungen zur Durchführung des standesamtlichen Verfahrens bei Geburt, Eheschließung, Begründung einer Lebenspartnerschaft und Sterbefall, einschließlich der damit einhergehenden familien- und namensrechtlichen Beurkundungen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Ausführungsvorschriften zur Durchführung der elektronischen Personenstandsregistrierung, dem elektronischen Datenaustausch sowie dem Beurkundungsverfahren in der Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2013.

Auch in technischer Hinsicht ändern sich die internen Abläufe. Der Standesbeamte muss künftig jede Beurkundung eines Personenstandsfalles mit einer dauerhaft überprüfbar qualifizierten elektronischen Signatur abschließen (§ 9 Abs. 2 PStV).

**Finanzielle Auswirkungen aus der Reform:**

Die Bundesregierung trifft in der Gesetzesbegründung folgende Aussagen:

*„Die Reform wird sich unter der Voraussetzung, dass die künftig von den Ländern zu regelnde Zuständigkeit für das Standesamt bei den Städten und Gemeinden verbleibt, vorrangig auf die kommunalen Haushalte auswirken. Mit der Umstellung der Personenstandsbeurkundungen von Papierbüchern auf elektronische Register werden Arbeitserleichterungen und Verbesserungen des Bürgerservices eintreten. Wegen der Anschaffungs- oder Umstellungskosten für Geräte und Programme (bundesweit etwa 17 Mio. Euro jährlich) sind nennenswerte Kosteneinsparungen aber erst nach Ablauf der ca. 5-jährigen Umstellungsphase zu erwarten. Die unterschiedlichen Personal- und Sachausstattungen der Standesämter lassen es nicht zu, die zu erwartenden Einsparungen für Standesämter konkret (z.B. nach der Größe eines Standesamts) zu beziffern.*

*Nach überschlägiger Berechnung führt die Einführung der Informationstechnik nach Abschluss der Umstellungsphase zu jährlichen Mehrausgaben von rd. 14 Mio. Euro. Dem stehen Einsparungen von ca. 18 Mio. Euro gegenüber, so dass sich per Saldo ein jährliches Einsparvolumen von rd. 4 Mio. Euro ergibt. Erhebliche Einsparungen sind bei den Standesämtern zudem durch den Wegfall des Familienbuchs zu erwarten. Einem Einsparvolumen in Höhe von insgesamt rd. 42 Mio. Euro jährlich stehen bis zum Abschluss der Rückführung der Familienbücher an das Standesamt der Eheschließung allerdings Ausgaben von ca. 57 Mio. Euro jährlich gegenüber. Nach Abschluss der Rückführungsaktion (etwa ab dem 6. Jahr, nach Inkrafttreten der Reform) wirkt sich die durch den Wegfall des Familienbuchs bedingte Einsparung in vollem Umfang auf die kommunalen Haushalte aus. Auf der Grundlage dieser Berechnungen ist durch die Reform bei den Standesämtern langfristig insgesamt mit einem jährlichen Einsparvolumen von rd. 46 Mio. Euro zu rechnen.“*

## Einführung in Rheinland-Pfalz

Im Jahre 2009 wurden die ersten Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land, vertreten durch das Innenministerium aufgenommen. Es bestand die Absicht, angelehnt an die Erfahrungen aus dem Meldewesen, die Projektorganisation und –Abwicklung über die von den Spitzenverbänden getragene Gesellschaft **KommWis GmbH** abzuwickeln. Die Gespräche fokussierten sich in erster Linie auf die Umsetzung der eingangs geschilderten gesetzlichen Vorgaben.

Im Kern waren dies:

- Auswahl und Beschaffung einer Software zur Führung des elektronischen Personenstandsregisters und des damit verbundenen Sicherungsregisters
- Umsetzung des Mitteilungsverkehrs in elektronischer Form
- Einführung der qualifizierten elektronischen Signatur
- Überführung der Übergangsbeurkundungen / Nacherfassung.

Zur Beschaffung der Software zur Führung des elektronischen Personenstandsregisters führte KommWis im letzten Jahr ein EU-weites Vergabeverfahren durch. Den Zuschlag erhielt im Mai 2011 der Verlag für Standesamtswesen. **Die Mittel zur Finanzierung der Lizenzkosten, der Einführungs- und Schulungskosten sowie der Kosten für die erstmalige Bereitstellung der Signaturkarten stellte das Innenministerium aus dem Ausgleichsstock bereit.**

Der Bundesgesetzgeber hat auch in betrieblicher Hinsicht in der Personenstandsverordnung Vorgaben getroffen. Diese orientieren sich an dem Grundschutzhandbuch des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Für das Personenstands- und Sicherungsregister gelten die „hohen“ Grundschutzvorgaben. Bisher hat in Rheinland-Pfalz noch keine Kommune Fachverfahren mit einer solchen Grundschutzvorgabe eingestuft und die notwendigen Maßnahmen dazu umgesetzt. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände ist heute eine bautechnische und sicherheitstechnische Infrastruktur nur in verschiedenen großen Städten vorhanden, die eine Aufgabenerledigung für andere Kommunen in dieser Form erlauben würde. Insoweit sind Gespräche mit den Rechenzentren dieser Körperschaften geführt worden. Im Zuge der Gespräche mit den Städten ist die Idee der Gründung eines Zweckverbandes entstanden, auf den diese Aufgabe übertragen werden könnte. Dieser Zweckverband soll einerseits durch die leistungsgebenden Gebietskörperschaften und andererseits durch die Verbände selbst getragen werden. Dabei wird über die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände in einem solchen Zweckverband die Interessenwahrung der Mitgliedskommunen sichergestellt. Im Zweckverband werden voraussichtlich 8 Städte mitwirken. Dies sind die Städte: Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Neuwied, Speyer und Trier. **Der Zweckverband wird zum 01. Juli 2012 errichtet.** Er wird voraussichtlich folgenden Namen führen:

**„Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland Pfalz (ZIDKOR)“**

Das Zweckverbandsmodell bietet folgende Vorteile:

- Wegfall der Verpflichtung zur Ausschreibung der Leistungen. Die Übertragung der Aufgaben erfolgt durch eine hoheitliche Zweckvereinbarung und damit vergabefrei.
- Steuervorteile: Die Erbringung von hoheitlichen IT-Leistungen ist derzeit noch umsatzsteuerfrei.



Zwei Rechenzentren werden unter dem Dach des Zweckverbandes den Betrieb übernehmen. Dabei betreut die Kommunale Datenzentrale der Stadt Mainz (KDZ) das Personenstandsregister und das Rechenzentrum Ludwigshafen das Sicherheitsregister. Beide Einrichtungen gewährleisten die Sicherstellung der BSI-Grundschutzvorgaben.

Ausgehend von einem Betriebszeitraum von 54 Monaten sind Betriebskosten von 0,30 € je Einwohner und Jahr ermittelt worden. Hinzu kommen noch die Kosten für den elektronischen Nachrichtenverkehr mit 0,04 € und die Kosten für den Hostingbetrieb der Fachanwendung „AutiSta“ betragen 0,147 € je Einwohner und Jahr.

Für die Stadt Bad Kreuznach bedeutet dies jährliche Kosten von ca. 22.000 €. Diese Mittel wurden bei der Aufstellung des Haushaltes 2012 bereits eingeplant.

Die neuen zusätzlichen Kosten für das elektronische Personenstandsregister werfen die Frage der Konnexitätsrelevanz auf. Das Innenministerium verweist dazu auf die bundesgesetzlichen Regelungen und schließt insoweit eine solche Relevanz und damit eine Beteiligung an den laufenden Betriebskosten aus.

Ein Eigenbetrieb des Registerverfahrens durch jede Kommune selbst, wird nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände nicht wirtschaftlich umgesetzt werden können. Die Erfüllung der Grundschutzvorgaben für getrennte Register (Erst- und Sicherheitsregister) dürfte Kosten im hohen 6-stelligen Bereich verursachen.

In fachlicher Hinsicht bietet die elektronische Registerführung viele Vorteile. Die Suche und Fallbearbeitung wird sich erheblich verbessern. Ab dem Jahr 2009 wurden die Beurkundungsdaten als Übergangsdaten in den jeweiligen Fachverfahren (AutiStA und Open EIViS) übergangsweise gespeichert. Diese Daten könnten später in das elektronische Register überführt werden. Dazu muss der Standesbeamte die Übereinstimmung der Daten mit den papiergebundenen Registern prüfen und anschließend mittels qualifizierter elektronischer Signatur ins elektronische Register verfügen.

Sichtvermerke der  
Dezernenten/-innen:

Sichtvermerk der  
Oberbürgermeisterin:

Sichtvermerke:  
Rechtsamt:

Kämmereiamt:

öffentlich  nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Bauhof/68	Datum 15.08.2012	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 12/252
Beratungsfolge		Sitzungstermin
Finanzausschuss		14.08.2012
Stadtrat		30.08.2012

Betreff

**Feststellung des Zwischenberichtes zum 30.06.2012 der Einrichtung Bauhof der Stadt Bad Kreuznach**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat nimmt vom Zwischenbericht zum 30.06.2012 der Einrichtung Bauhof der Stadt Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2012 Kenntnis.

Berichtersteller: Herr Marx

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium Stadtrat	Sitzung am 30.08.2012	TOP 5
Beratung Herr Marx erläutert die Vorlage. Keine Wortmeldungen.  keine Abstimmung		

Beratungsergebnis

<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	<input type="checkbox"/> Laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Abweichen der Beschluss
Beschlussausfertigungen an: Amt 20						

Anlage:

Zwischenbericht zum 30.06.2012 der Einrichtung Bauhof der Stadt Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2012.

Der Finanzausschuss hat der Vorlage am 14.08.2012 zugestimmt.

Sichtvermerke der Dezernenten:

Sichtvermerk des  
Oberbürgermeisters:

Sichtvermerke:  
Rechtsamt:

Kämmereiamt:

öffentlich     nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Abwasserbeseitigungseinrichtung – Kämmerieamt -	Datum 26.07.2012	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 12/253
Beratungsfolge		Sitzungstermin
Finanzausschuss		14. August 2012
Stadtrat		30. August 2012

Betreff

**Zwischenbericht für die Abwasserbeseitigungseinrichtung der Stadt Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2012 zum 30. Juni 2012**

<p>Vorschlag Der Stadtrat nimmt vom Zwischenbericht für die Abwasserbeseitigungseinrichtung der Stadt Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2012 zum 30. Juni 2012 Kenntnis. Berichterstatter: Herr Marx</p>
--

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium Stadtrat	Sitzung am 30.08.2012	TOP 6
<p>Beratung Herr Marx erläutert die Vorlage. Keine Wortmeldungen  keine Abstimmung.</p>		

Beratungsergebnis						
<input type="checkbox"/>	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Be- schluss- vorschlag	Abweichen- der Beschluss (Rückseite)
<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig					
<p>Beschlussausfertigungen an: Amt 20</p>						

Problembeschreibung/Begründung

- siehe Anlage -

Der Finanzausschuss hat der Vorlage zugestimmt

Sichtvermerke der Dezernenten:

Sichtvermerk des  
Oberbürgermeisters:

Sichtvermerke:  
Rechtsamt:

Kämmereiamt:

öffentlich  nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Abwasserbeseitigungseinrichtung - Kämmerereiamt -	Datum 27.07.2012	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 12/254
Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Finanzausschuss	14.08.2012	
Stadtrat	30.08.2012	

Betreff

**Feststellung des 1. Änderungswirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012 für die Abwasserbeseitigungseinrichtung der Stadt Bad Kreuznach**

Beschlussvorschlag Der Stadtrat stellt den 1. Änderungswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 der Abwasserbeseitigungseinrichtung der Stadt Bad Kreuznach gemäß dem beigefügten Entwurf fest.  Berichterstatter: Herr Meurer
---

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium Stadtrat	Sitzung am 30.08.2012	TOP 7
Beratung Herr Meurer erläutert die Vorlage.  Keine Wortmeldungen.		

Beratungsergebnis						
<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input checked="" type="checkbox"/> Laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Abweichen der Beschluss (Rückseite)
Beschlussausfertigungen an: Amt 20						

Problembeschreibung/Begründung

Auf der Grundlage des Abschlussergebnisses des Wirtschaftsjahres 2010, der Planansätze des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012 sowie aller, derzeit bekannten und qualifizierbaren Veränderungen im Wirtschaftsjahr 2012 wurde der beigefügte Entwurf des 1. Änderungswirtschaftsplanes 2012 erstellt.

Soweit Veränderungen von Planansätzen nicht erläutert sind, resultieren diese aus Anpassungen an das derzeitige Anordnungssoll, aus Mittelübertragungen im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bzw. aus Umgliederungen von Planansätzen innerhalb des Erfolgsplanes.

**Erfolgsplan**

Für den Erfolgsplan werden keine derzeit erkennbaren Abweichungen erwartet (siehe Beschlussvorlage „Zwischenbericht für die Abwasserbeseitigungseinrichtung der Stadt Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2012 zum 30. Juni 2012“ – Drucksache-Nr. 12/253 –). Aus diesem Grund wurde auf die Änderung des Erfolgsplanes verzichtet.

**Vermögensplan**

Eingehende Erläuterungen sind dem Vermögensplan zum 1. Änderungswirtschaftsplan beigefügt.

Der Finanzausschuss hat der Vorlage zugestimmt.

**Anlage**

Entwurf des 1. Änderungswirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012

Sichtvermerke der Dezernenten:

Sichtvermerk der  
Oberbürgermeisterin:

Sichtvermerke:  
Rechtsamt:  
  
Kämmereiamt: